

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Europäischer Rat: Debatte über die Zukunft der EU auf Malta](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [Diskussion zur europäischen Arktis-Politik im Außen- und Umweltausschuss](#) 3
- [Kontroversen um Panama-Papers](#) 3

##### Rat der Europäischen Union

- [Rat fordert mehr Investitionen und Vorantreiben von Strukturreformen](#) 4

##### Europäische Kommission

- [Juncker fordert verstärkte Zusammenarbeit bei EU-Rüstungsprojekten](#) 5

##### Sonstiges

- [Ergebnisse des Workshops „Bausteine der künftigen EU-Kohäsionspolitik“](#) 5
- [Merkel fordert schnellere Entscheidungsverfahren der EU](#) 6
- [Schulz wird Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD](#) 6
- [Besuch von Politikwissenschaftstudenten der Universität Innsbruck](#) 7

##### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 8

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 9

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 9

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 10

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Europäischer Rat: Debatte über die Zukunft der EU auf Malta

Die Staats- und Regierungschefs der EU werden ihre politischen Überlegungen über die Zukunft der EU mit 27 Mitgliedstaaten im Nachgang zu dem Gipfel in Bratislava vom September 2016 fortsetzen. Das Treffen findet diesen Freitag in Malta statt.



Die Folgen des geplanten Austritts Großbritanniens werden die Unterredung bestimmen. Im September des Vorjahres hat sich der Europäische Rat auf eine Bratislava Roadmap geeinigt, welche sich eine politische Reflexion über die Zukunft der EU aus 27 Mitgliedsstaaten zur Aufgabe nimmt. Im Vordergrund stehen dabei u.a. die Erwartungen der Bevölkerung in Hinblick auf Europa, sowie eine verbesserte Kommunikations- und Kooperationsstruktur zwischen den Staaten. Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März sollen die Ergebnisse der Konsultationen präsentiert werden.

Auch die aktuelle Migrationssituation wird Thema bei der Tagung der Staats- und Regierungschefs sein. Im Vorfeld hat die Kommission ihren Beitrag dazu dargelegt, wie die Migration über die zentrale Mittelmeerroute besser bewältigt und Menschenleben gerettet werden können. Dabei stehen u.a. ein verstärktes Vorgehen gegen Schleuser und Menschenhändler, die Aufstockung

der Finanzmittel, sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit Ägypten, Tunesien und Algerien im Vordergrund.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Diskussion zur europäischen Arktis-Politik im Außen- und Umweltausschuss

**Die Klimaerwärmung und das damit einhergehende Abschmelzen arktischen Eises haben nicht nur Auswirkungen für die Bewohner und Volkswirtschaften des Hohen Nordens, sondern sind auch für andere Staaten von großer Bedeutung. Am Vortag des Ausschusses trafen sich die Parlamentarier mit dem norwegischen Außenminister Borge Brende.**

Vorschläge für eine integrierte Politik der Europäischen Union für die Arktis standen am Dienstag auf der Tagesordnung. Der Außenausschuss und der Umweltausschuss stimmten gemeinsam über Vorschläge ab, um die Arktis besser vor den Folgen des Klimawandels zu schützen und internationalen Spannungen vorzubeugen. Im Vorhinein gab es ein Treffen zwischen dem norwegischen Außenminister und Parlamentariern. Die Zeiten in denen die Arktis nur durch Errungenschaften naturwissenschaftlicher Forschung von sich reden machte, sind nämlich längst vorbei. Mehr denn je treffen dort verschiedene wirtschaftliche und politische

Interessen aufeinander. Als wichtiger Markt für arktisches Öl und Gas sowie Fisch aus der Region ist die EU ein erheblicher Wirtschaftsfaktor im Hohen Norden. Im Anschluss traf sich der norwegische Minister mit der Hohen Repräsentantin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini.

[Mehr Informationen](#)

## Kontroversen um Panama-Papers

**Diskussionen zwischen MEPs über die erforderliche Transparenz nach dem vorjährigen Panama-Paper Skandal mit mehr als 11 Millionen publik gewordenen Dokumenten der Kanzlei Mossack Fonseca, blockieren derzeit Ausschussabstimmungen über Gesetze zur Geldwäschebekämpfung.**

Zentraler Streitpunkt zwischen den Parteien ist das Ausmaß der (öffentlichen) Transparenz bezüglich der Inhaberschaft von sog. Trusts. Eine Abstimmung über einen entsprechenden Gesetzesvorschlag wurde letzte Woche im Wirtschafts- und Währungsausschuss auf Mitte Februar verschoben. Die Kommission sprach sich bereits für eingeschränkte Transparenz aus. Die intensive öffentliche Untersuchung und Berichterstattung werden, so die Annahme der Kommission, bereits den Missbrauch legaler Regelungen signifikant einschränken und somit zu einer erhöhten Steuerehrlichkeit beitragen.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Rat fordert mehr Investitionen und Vorantreiben von Strukturreformen

**Der Rat hat sich im Rahmen des "Europäischen Semesters" – der jährlichen Überprüfung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten durch die EU – mit den Wachstumsaussichten und makroökonomischen Ungleichgewichten befasst.**

Er hat Schlussfolgerungen verabschiedet und den Entwurf einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets zugestimmt. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, Investitionstätigkeiten zu fördern, Struktur-reformen voranzutreiben und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik sicher-zustellen (sogenannte „magische Dreieck“). Zudem hat der Rat die Analyse im Jahreswachstumsbericht der Kommission weitgehend gebilligt. Was die makro-ökonomischen Ungleichgewichte betrifft, so soll die Kommission im Februar die Ergebnisse der in 13 Mitgliedstaaten durchgeführten eingehenden Überprüfungen veröffentlichen. Bei ihrer letzten Überprüfungen stellte die Kommission fest, dass in Österreich keine massiven makroökonomischen Ungleichgewichte bestehen. Auch die hochrangige Gruppe „Eigenmittel“ legte ihren Schlussbericht

und die Empfehlungen den Ministern vor. Demnach soll die EU sich hinsichtlich ihren Ausgaben auf die politischen Maßnahmen mit dem höchsten Mehrwert konzentrieren. Als zweite Empfehlung schlug die Expertengruppe die Erschließung neuer Einnahmequellen mit direktem Bezug zur europäischen Dimension vor. Ergänzend soll dann noch die Berechnung der Nettosalen anhand einer Kosten-Nutzen-Analysen erfolgen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Juncker für verstärkte Zusammenarbeit bei EU-Rüstungsprojekten

**„Europas Rolle als Stabilitätsanker in einer sich verändernden Welt“ müsse zwischen den Mitgliedsstaaten stärker forciert werden, so die Forderung von Kommissionspräsident Juncker in einem Zeitungsbeitrag.**

Dabei gelte es unabhängig von der US-Präsidentschaft unter Donald Trump die sicherheits- und verteidigungspolitische Effizienz Europas zu erhöhen. Etwa sollte nicht mehr nebeneinander, sondern vermehrt miteinander Forschung betrieben und Investitionen in diesem Feld getätigt werden. Als Beispiel nannte Juncker die Vielzahl an unterschiedlichen Waffensystemen unter den europäischen Staaten. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Staaten ließen sich jährlich zwischen 25 und 100 Milliarden Euro einsparen. Die

Kommission stellte demgemäß eine „Agenda für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“ vor.

[Mehr Informationen](#)

## Sonstiges

### Ergebnisse des Workshops „Bausteine der künftigen EU-Kohäsionspolitik“

**Am 24. Januar 2017 fand der vom REGI-Ausschuss organisiert Workshop zum Thema “Building blocks of a future EU cohesion policy - first reflections” statt. Dabei wurden insbesondere fünf Themen intensiv behandelt: Prioritäten der EU, Performance – also Ergebnisse der Kohäsionspolitik, Transparenz, Flexibilität und Vereinfachung.**

Während des Workshops wurde bekannt gegeben, dass bis zum Kohäsionsforum am 26./27. Juni 2017 ein Bericht des REGI-Ausschusses vorliegen soll, der die Position des EP zur Zukunft der Kohäsionspolitik beinhaltet. Der Bericht soll folgende drei Schwerpunkte abdecken: Den ersten Schwerpunkt wird die strategisch-politische Ausrichtung der Kohäsionspolitik darstellen. Zweitens sollen weitere Maßnahmen zur Vereinfachung der Kohäsionspolitik ausgearbeitet werden, die dazu führen sollen, bessere Verknüpfungen mit anderen EU-Programmen und Instrumenten (Horizon 2020, EFSI etc.) herzustellen. Als dritter Schwerpunkt wird im Bericht die Verbindung der ESIF (Europäischer Struktur- und Investitionsfonds) mit den Strukturreformen in

den Mitgliedstaaten und der Makro-Konditionalitäten mit der Kohäsionspolitik behandelt werden. Hier wurde Seitens der Vertreterin des REGI-Ausschusses, Frau Krehl, angemerkt, dass vor allem beim Kampf gegen die (Jugend-) Arbeitslosigkeit eine Verknüpfung von ESF (Europäischen Sozialfonds) und EFRE (Europäische Fonds für Regionale Entwicklung) sinnvoll sei, andere Finanzinstrumente hier aber nicht miteinbezogen werden sollen.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Merkel fordert schnellere Entscheidungsverfahren der EU

**Die Europäische Union muss nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für mehr Bürgernähe stärker Prioritäten setzen und schneller entscheiden.**

Die EU könne ihr Ziel, die Kommunikation mit den Bürgern zu verbessern, vor allem dadurch erreichen, „dass wir gemeinschaftliche Ziele aussenden“, sagte Merkel am Samstag in ihrem Video-Podcast. Bei Angelegenheiten, die sich auf europäischer Ebene besser lösen ließen als in den Einzelstaaten, müssten Prioritäten gesetzt werden. Die Kanzlerin verwies dabei auf Handelsverträge, den Klimaschutz, den Schutz der Außengrenze und die innere Sicherheit im Schengen-Raum. Teilweise müsse die EU auch in ihren Entscheidungen schneller werden, mahnte die Kanzlerin. „Manchmal verlieren die Bürger die Geduld, weil wir ewig an einem und demselben Sachverhalt verhandeln.“

Zugleich mahnte Merkel an, die EU müsse besser darüber informieren, „ob wir das, was wir mal beschlossen haben, auch einhalten und umsetzen“. Dies sei wichtig, weil die Bürger den Eindruck hätten, vieles sei schon „abgemacht, aber vieles von dem ist auch nicht durchgesetzt worden“.

[Mehr Informationen](#)

## Schulz wird Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat der SPD

**Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, wird im März zum neuern Parteivorsitzenden der SPD gewählt und Angela Merkel bei der Bundestagswahl im Herbst herausfordern.**

Die acht Monate bis zur Bundestagswahl seien „kein Sprint“, sondern ein „Langstreckenlauf“, so Schulz kürzlich bei seiner ersten Pressekonferenz nach seiner Nominierung als Kanzlerkandidat. Und als früherer 10 000-Meter Läufer wisse er auch, „dass man sich die Kraft einteilen muss“. Schulz will für eine höhere Besteuerung sehr großer Vermögen eintreten. Seinen Ansatz zur Beseitigung von „Gerechtigkeitslücken“ will er dabei aber nicht auf den „Kampfbegriff“ Vermögenssteuer beschränkt sehen. In Hinblick auf Europa sieht Schultz großer Herausforderungen. Die neue US-Administration hege „offensichtlich den Wunsch, die Europäische Union zu spalten“. So seine die Sympathiebekundungen des US-Präsidenten Trump zum Austritt Großbritanniens aus der EU „ein Angriff auf Europa“. Er erwarte vom

Präsidenten Respekt für „unsere Werteordnung“ und die transatlantischen Beziehungen. Die Bundestagswahl findet am 24. September statt.

[Mehr Informationen](#)





# Sonstiges

## Besuch von Politikwissenschaftstudenten der Universität Innsbruck



35 Politologiestudenten der Universität Innsbruck besuchten im Rahmen der von Prof. Dr. Andreas Maurer und Doz. Dr. Doris Dialer geleiteten "Jean Monnet Chair Study Tour" das gemeinsame Vertretungsbüro der Regionen Tirol-Südtirol-Trentino in Brüssel. Nach einem Fachvortrag von Frau Mag. Vesna Caminades (Südtirol) über die Aufgaben der drei Regionalbüros hatten die Studierenden die Möglichkeit mit Frau Karoline Graswander-Hainz (MEP, S&D), Herrn Dr. Herbert Dorfmann (MEP, EVP), Herrn Mag. Markus Stock (Leiter EU-Büro

der WKÖ) und Herrn Dr. Conny Reuter (Generalsekretär der Menschenrechts-NGO Solidar) über das Thema Interessensvertretung in der EU zu diskutieren. Nach dem offiziellen Teil gab es noch die Möglichkeit zu einem informellen Austausch bei Speis und Trank. Der Studienbesuch der Regionalvertretung erfolgte auf Einladung des Leiters des Tirol-Büros, Herrn Dr. Richard Seeber.



# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

- *Forschung und Technologie:*

- [Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-öffentliche Partnerschaften \(Artikel 185 Initiativen\) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020](#)

- 27.01.2017 – 30.04.2017

- *Öffentliche Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:*

- [Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission](#)

- 27.01.2017 – 28.04.2017

- *Kultur:*

- [Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"](#)

- 23.01.2017 – 16.04.2017

- *Verkehr:*

- [Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr](#)

- 23.01.2017 – 23.04.2017

- *Unternehmen, Binnenmarkt:*

- [Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben](#)

- 20.01.2017 – 14.04.2017

- *Bank- und Finanzwesen:*

- [Halbzeitüberprüfung der Kapitalmarktunion 2017](#)

- 20.01.2017 – 13.03.2017

- *Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:*

- [Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit \(ENISA\)](#)

- 18.01.2017 – 12.04.2017





# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

<b>Industrie und KMU</b>			
Innovation, Meeresressourcen, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Ernährung, Forschung, Umwelt, Nanotechnologie, Gesundheit, Biotechnologie, Verkehr, ICT, Bildung, Infrastrukturen	HORIZON 2020 DEDICATED SME INSTRUMENT 2016-2017	15/02/2017 - 03/05/2017 - 06/09/2017 - 08/11/2017 - 18/01/2017 - 06/04/2017 - 01/06/2017 - 18/10/2017	€ 682.121.702
Innovation, Plattformen, Cluster	INNOSUP: FOR A BETTER INNOVATION SUPPORT TO SMES	08/03/2017 - 18/10/2017 - 04/04/2017 - 07/09/2017 - 28/03/2017	€ 33.600.000
Kreislaufwirtschaft, Wasser, Intelligente Spezialisierung, organische Abfälle	SPIRE: INDUSTRY 2020 IN THE CIRCULAR ECONOMY	19/01/2017 - 07/03/2017 - 05/09/2017 - 27/10/2016 - 04/05/2017	€ 365.500.000
Öffentliche Verwaltung, Zusammenarbeit	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION	02/02/2017	€ 9.000.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Franz-Josef Hausberger, BA

---

### Abbildungsverzeichnis

<http://blogs.deutschlandfunk.de/berlinbruessel/wp-content/uploads/sites/5/2016/03/EU-Gipfel-Staats-und-Regierungschefs-17.03.2015-612x333.jpg>